

Niederschrift

über die 18. Sitzung des Ausschusses für Mobilität am 12.11.2024
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Verbesserung und Ausbau des Radwegenetzes an Landesstraßen - Vortrag Straßen.NRW -	4
3 Bericht der Rheinbahn zu Prüfaufträgen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Grün Alternativ zu Umsteigezeiten am Haus Meer	6
4 Haushaltsentwurf 2025 sowie Finanzplanung 2026-2028 Beratungsgrundlage: Entwurf des Haushalts 2025 Anträge der Fraktionen Beratung zu folgenden Produkten: 120.541.010 Straßen, Wege, Plätze - Verkehrsplanung/-konzepte 120.546.010 Parkraumbewirtschaftung 120.547.010 ÖPNV - Linienplanung	8
4.1 Konsolidierungsliste	14
5 Anträge	15
5.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 25. Juni 2024 - Gemeinsame Sondersitzung AMO und AKUB zur Verbesserung des Radwegenetzes in Meerbusch Vorlage: FB5/0521/2024	15
5.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 20. August 2024 - Gemeinsame Sitzung AMO und ADI zu On-Demand-Verkehr Vorlage: DezIII/0542/2024	15
6 Anfragen	16
6.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.10.2024 Meldung von Radrouten	16
7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	16
8 Termin der nächsten Sitzung 28.01.2025	16
9 Verschiedenes	16

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum S2.1/S2.2

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
 Ende der Sitzung: 20:35 Uhr

Anwesend:

von der CDU-Fraktion

Herr Utkan Armutlu		Vertretung für Herrn Heinz Berend Jansen
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Daniel Thywissen ab 19:47 Uhr
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied	
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied	
Frau Norma Köser	Ratsmitglied	
Herr Dr. Felix Nieberding	Ratsmitglied	
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied	
Herr Daniel Thywissen	Ratsmitglied	Abwesend ab 19:47 Uhr

von der SPD-Fraktion

Frau Christa Kohn	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied
Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen	Sachkundiger Bürger	
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied	
Herr Dr. Bernhard Roth-Harting	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Frau Astrid Hansen

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied
-------------------	--------------

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Hartwig Spetsmann	Sachkundiger Bürger
------------------------	---------------------

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Dirk Müller	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Herrn Rudolf Huthmann
------------------	---------------------	--------------------------------------

von der Verwaltung

Frau Jasmin Abel	Fachbereich 5
Herr Andreas Apsel	Erster und Technischer Beigeordneter
Herr Alexander Bolten	Service Finanzen
Frau Dana Frey	Dezernat III
Herr Daniel Hartenstein	Fachbereich 5
Frau Denise Pottbäcker	Dezernat III/Umwelt

Gäste

Herr Tim Bäumken	Rheinbahn AG
Frau Monika Link-Giesen	Rheinbahn AG

Klaus Münster

Straßen NRW

stellv. Schriftführerin

Frau Anke Hartl

Fachbereich 5

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Heinz Berend Jansen

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Astrid Hansen

Sachkundige Bürgerin

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Rudolf Huthmann

Sachkundiger Bürger

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Er teilt mit, dass der TOP 4.1 – Konsolidierungsliste an den Anfang des TOP 4 gestellt wird.

Des Weiteren liegt ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, der als Ergänzungsantrag zu TOP 6 als TOP 6.1 auf die Tagesordnung genommen wurde.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding erteilt Frau Dr. Blaum das Wort. Diese berichtet, dass es früher ein Carsharing-Angebot auf dem Dr.-Franz-Schütz-Platz gegeben habe und fragt, warum dieses nun an die Hildegundisallee verlegt worden sei. Frau Frey weist darauf hin, dass der Standort Dr.-Franz-Schütz-Platz vom Autohaus Ford betrieben und zwischenzeitlich aufgegeben worden sei. An der Hildegundisallee habe schon immer das Carsharing-Auto der Stadtwerke gestanden.

Des Weiteren richtet Frau Dr. Blaum eine Frage an die Gäste von der Rheinbahn AG, weshalb beim letzten Schienenersatzverkehr für die Stadtbahnlinie U76 lediglich Busse im 20 Minuten-Takt eingesetzt worden seien und nicht im 10 Minuten-Takt. In den Ferien wäre die Taktung ausreichend gewesen, allerdings außerhalb dieser unzureichend. Frau Link-Giesen von der Rheinbahn AG teilt mit, dass grundsätzlich die Taktung des Schienenersatzes der ursprünglichen Taktung angepasst wäre. Dieses begründet sich u. a. aus Kosten- und Kapazitätsgründen.

2 Verbesserung und Ausbau des Radwegenetzes an Landesstraßen - Vortrag Straßen.NRW -

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding begrüßt Herrn Münster von Straßen.NRW. Er erklärt, dass Herr Münster auf Grund eines Antrages der SPD-Fraktion eingeladen worden sei und erteilt zunächst Ratsfrau Niegeloh das Wort. Sie erklärt folgende Landesstraßen als dringend verbesserungswürdig: Moerser Straße, Meerbuscher Straße, Schloßstraße/Querung Osterather Straße, Strümper Straße (Höhe Mauritsklinik). Des Weiteren fordert sie den Ausbau eines Radschnellweges. Meerbusch stelle einen Verkehrsknotenpunkt dar, weil die Stadt von größeren Städten umgeben sei.

Herr Münster hält einen Vortrag zum Thema „Verbesserung und Ausbau des Radwegenetzes an Landstraßen“.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Präsentation ist Anlage zum Protokoll.

Anschließend beantwortet er Fragen der Ausschussmitglieder.

Ratsherr Bertholdt trägt vor, dass schon einige Maßnahmen aus dem Bedarfsplan 2017 umgesetzt worden seien, aber auch viele noch nicht. Die Priorität seitens Straßen.NRW läge nicht beim Ausbau der Radwege. Es ginge hier aber lediglich um das Thema Sicherheit und nicht um Komfort. Er fragt, ob es möglich wäre, ein Kooperationsmodell einzuführen, wobei die Kommune Radwege ausbauen

und Straßen.NRW diese finanzieren würde. Herr Münster verneint dies und antwortet, dass es in der Vergangenheit derartige Vereinbarungen gegeben habe. Dieses Konzept fordere jedoch einen erhöhten Betreuungsaufwand und stelle daher eher eine Be- statt Entlastung für Straßen.NRW dar. Des Weiteren erklärt er, dass die für den Ausbau bereit gestellten Mittel schon für die nächsten Jahre verplant seien. Es wäre schon überproportional viel Geld aus dem Radwegetopf in den Niederrhein investiert worden. Drei Mitarbeitende seien derzeit bei Straßen.NRW mit den Radwegeplanungen beschäftigt.

Ratsherr Schoenauer spricht erneut die Kreuzung Osterather Straße/Ecke Schloßstraße an und sieht seitens Straßen.NRW eine Priorisierung der Autofahrer, da hier den Zufußgehenden und Radfahrenden die Vorfahrt genommen würde. An der Kapellenstraße/Ecke Strümper Straße gäbe es eine Vorrangschaltung für Autofahrer. Ebenso an der Ampelschaltung am Apfelparadies (Xantener Straße/Ecke Osterather Straße). Hier müssen Zufußgehende und Radfahrende zwei Ampelphasen abwarten, wenn nicht rechtzeitig gedrückt werde. Dieses wäre früher ohne Drücker besser gewesen.

Er regt an, das Schild an der Ampel Schürkesweg/Osterather Straße zu entfernen, da dort immer noch auf eine fehlende Markierung hingewiesen werde, obwohl der Radweg längst fertiggestellt sei.

Herr Münster denkt auch, dass manche Radwege nicht mehr zeitgemäß seien. Bei den Bedarfsampeln sehe er aber den Grundsatz Sicherheit vor Komfort als wichtig an. Bei Signalprogrammen würde die Straßenverkehrsbehörde in Abstimmung mit Straßen.NRW anordnen und Straßen.NRW setze dieses dann baulich um. Entlang der Landstraßen gebe es im Verhältnis zum motorisierten Verkehr in der Regel wenig Radfahrende. Er gibt auch zu bedenken, dass immer ein ausgewogener Blick auf alle Verkehrsteilnehmer (Rad, Fuß, PKW, LKW) wichtig sei und die Straßen leistungsfähig bleiben müssen, was gegen eine Abschaltung von Bedarfsschaltungen spreche.

Ratsfrau Niegeloh beklagt, dass einige Fehlermeldungen seit Jahren bestehen und es keine Rückmeldung dazu gäbe. Als Beispiele nennt sie die den Zustand des Radweges Moerser Straße und den zu schmalen Fuß- und Radweg Strümper Straße/Ecke Mauritiusklinik.

Herr Münster schlägt vor, dass der Abteilungsleiter Betrieb+Verkehr (Herr Fehr) mit der Stadt einen Termin vereinbaren würde, um die seitens der Stadt priorisierten Radwege nochmal neu aufzunehmen. Er schließt an, dass es bezüglich der Prioritätenliste seitens Straßen.NRW einen Regionalrat gäbe. Dieser priorisiere die gemeldeten Maßnahmen. Die vorderen Ränge würden dann geplant und umgesetzt werden.

Ratsherr Quaß bemängelt den Zustand des Radweges und der Fahrbahn zwischen Strümp und Haus Meer. Obwohl die Fahrbahn bereits vor fünf Jahren in den Sanierungsplan aufgenommen wurde, sei noch immer nichts passiert. Straßen.NRW habe eine Verkehrssicherungspflicht. Herr Hartenstein teilt mit, dass die Sanierung der Moerser Straße für die Sommerferien 2026 geplant sei.

Ratsfrau Kohn fragt, ob Straßen.NRW tätige werde, wenn die Stadt Meerbusch einen Schaden melde. Herr Münster erklärt, dass die Sicherheit der Radwege dadurch gesichert sei, dass die Straßenmeisterei in regelmäßigen Abständen sowohl die Straßen als auch die Radwege in Augenschein nähme, jedoch nur bei Gefahrenstellen tätig werde. Schäden können bei der Kommune gemeldet werden, die i.d.R. Ansprechpartner bei Straßen.NRW haben. Bürger können die Schäden auch direkt bei Straßen.NRW:

Regionalniederlassung Niederrhein
Hauptsitz Mönchengladbach
Breitenbachstraße 90
41065 Mönchengladbach
Telefon: 02161/409-0

Email: kontakt.rnl.nr@strassen.nrw.de

melden. Ratsfrau Kohn erkundigt sich, ob es beim Landesbetrieb eine Liste über die Gefahrenstellen gäbe. Herr Münster erklärt, dass es eine Bewertung aller Radwege gäbe. Daraus sei eine kreisweite Prioritätenliste erstellt worden.

Des Weiteren berichtet sie, dass trotz der Anträge der Fraktionen und der Hinweise der Bürger im Mängelmelder, nichts passiere. Des Weiteren hätten Bürger schon des Öfteren auf dem Radweg zwischen Strümp und Haus Meer eine Beleuchtung angeregt. Herr Münster erklärt, dass Landstraßen außerorts grundsätzlich nicht beleuchtet werden. Es stünde aber der jeweiligen Kommune frei, dort eine Beleuchtungsanlage auf eigene Kosten zu installieren.

Ratsfrau Niegeloh fragt, ob es möglich wäre, die Prioritätenliste von Straßen.NRW der Verwaltung zur Verfügung zu stellen. Herr Münster bejaht dieses und will diese Liste zum gemeinsamen Termin mit der Verwaltung von der zuständigen Abteilung mitbringen lassen. Darauf seien allerdings nur die geplanten Maßnahmen für die Jahre 2024 und 2025 aufgelistet, da sich für die zukünftigen Jahre die Priorisierung noch ändern könne.

Sachkundiger Bürger Dr. Roth-Harting fragt, warum bei der Neugestaltung des Radweges Osterather Straße die Furten nicht – wie an anderen Stellen im Stadtgebiet - rot markiert worden seien. Es wäre eine preiswerte und wirkungsvolle Maßnahme um mehr Sicherheit zu gewährleisten. Er fragt, ob eine Abstimmung zwischen allen Straßenbauasträgern stattfinde, um sich auf einheitliche Markierungen zu einigen. Herr Münster antwortet, dass der Landesbetrieb sich bezüglich der Markierungen an die Richtlinien halte. Demnach sei dort eine rote Markierung nicht notwendig. Jede Kommune habe für die Gestaltung ein anderes Konzept. Für überregionale Straßen läge eine einheitliche Markierung vor. Sonderwünsche würden nicht aufgenommen.

3 Bericht der Rheinbahn zu Prüfaufträgen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Grün Alternativ zu Umsteigezeiten am Haus Meer

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding begrüßt Frau Link-Giesen und Herrn Bäumken von der Rheinbahn AG. In ihrem Vortrag werden sie auf die Prüfaufträge vom 10.09.2024 der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Grün Alternativ zu Umsteigezeiten am Haus Meer eingehen und sich im zweiten Teil zum On-Demand-Verkehr, wozu zu TOP 5.2 ein Antrag der SPD-Fraktion vorliege, äußern.

Ratsfrau Neukirchen erläutert ihren Antrag, dass die Taktung der Buslinie 830 am Haus Meer nicht mehr auf die der Stadtbahnlinie U76 gerichtet, sondern nach Neuss-Handweiser auf die U75 verlagert worden sei. Dieses sei eine erhebliche Verschlechterung für Meerbusch, da lediglich die Buslinie 831 auf die U76 abgestimmt worden sei, obwohl die Linie 830 mehr genutzt werde. Es sei wünschenswert, die Taktung wieder auf die 830 zu verlegen, damit die momentanen langen Umsteigezeiten wegfallen würden.

Ratsherr Quaß erläutert weiterhin zum gemeinsamen Antrag, dass es ihm um alle Buslinien am Haus Meer ginge, auch die 839. Des Weiteren würde ab 17:30 Uhr die Stadtbahnlinie U70 nicht mehr fahren. Somit liege lediglich ein 20-Minuten-Takt vor. Zwischen 17:30 Uhr und 19:00 Uhr sei die U76 überfüllt. Samstags könne die 10-Minuten-Taktung reduziert werden. Diese Taktung sei auf Düsseldorfer Gebiet sicherlich sinnvoll, aber nicht auf Meerbuscher Gebiet. Die zusätzlichen Züge auf Düsseldorfer Gebiet könnten in Lörick enden. Des Weiteren wurde von zwei Bürgerinnen bemängelt,

dass die U70 nicht mehr alle Haltestellen bedienen würde, was auch zu einer Verschlechterung herbeigeführt habe.

Herr Bäumken erklärt, dass momentan die Analyse des Rheintaktes laufe. Es würden sowohl Fahrzeiten, Auslastung, Wendepunkte und Anschlüsse ausgewertet, die im Januar/Februar 2025 vorliegen werden. Es sei nicht möglich alles aufeinander zu takten. Man könne die 830 z. B. auch über die Haltestelle Forsthaus erreichen oder direkt mit der U75 durchfahren. Vermehrt werde aber auch auf digitale Medien gesetzt, mit Hilfe derer sich die Bürger die beste Verbindung raussuchen würden.

Frau Link-Giesen ergänzt, dass es in der Vergangenheit sowohl am Handweiser, als auch am Haus Meer gute Umstiegszeiten gab, diese am Haus Meer nur besser passten. Sie würde jetzt auch ungerne die Umstiegszeiten am Handweiser verschlechtern, da die Analysen zeigen, dass dieser Umstieg gerade von Bürgern, die im Meerbuscher Süden wohnen, genutzt werden. Durch die neue Taktung seien die Umstiegszeiten nun etwas großzügiger. Im Spätverkehr seien die Anschlüsse am Forsthaus da.

Ratsherr Quaß widerspricht der abendlichen guten Taktung (zwischen 18:00 und 20:00 Uhr) des 839er-Busses. Dieser wäre von keiner anderen Verbindung abhängig und könne ja einfach früher losfahren, wenn die U76 eintrifft. Herr Bäumken ergänzt, dass seitens der Rheinbahn AG nun erklärt wurde, welche Verbindungen gut laufen. Es solle der Rheinbahn präzise aufgeschrieben werden, welche Verbindungen nicht laufen. Dies würde dann nochmal überprüft und ggf. angepasst werden.

Ratsfrau Neukirchen möchte wissen, auf welcher Grundlage die Rheinbahn entscheide, welche Anschlüsse wichtig seien. Ihrer Meinung nach würden überwiegend die Fahrten nach Düsseldorf berücksichtigt werden und nicht die innerstädtischen Verbindungen in Meerbusch. Frau Link-Giesen erklärt, dass die Rheinbahn AG sich auf Umsteigezahlen berufen. Zudem kämen Anregungen aus den Kommunen und es würden Planungsgespräche für das Grundgerüst der Verbindungen mit diesen stattfinden.

Ratsfrau Niegeloh lobt die gute postalische Kommunikation des Schienenersatzverkehrs der U76 und schlägt vor, in so einer Form oder anhand von Hinweisschildern darauf aufmerksam zu machen andere Umstiegsmöglichkeiten zu nutzen. Herr Bäumken bedankt sich für das Lob und sieht das Problem beim öffentlichen Nahverkehr, dass es dort noch kein System gibt was anzeigt, auf welchen Verbindungen es überfüllt ist. Dieses wäre beim persönlichen Navigationssystem möglich, aus Datenschutzgründen aber nicht zulässig. Deswegen würde manuell oder über Zählsystem gezählt, die aber noch lange nicht in allen Fahrzeugen zur Verfügung stehen. Die Bedarfe würden sich laufend ändern, weshalb für die Zukunft auf neue Erfassungssysteme und Apps gesetzt würde. Diese Sitzung werde zum Anlass genommen, den Fokus wieder mehr auf die Haltestelle Haus Meer zu legen.

Ratsherr Quaß regt an, für den nächsten Schienenersatzverkehr die doppelte Anzahl an Bussen zur Hauptverkehrszeit einzusetzen, da die Busse total überfüllt gewesen seien. Ratsherr Bertholdt weist auf die unglückliche Situation hin, dass zeitgleich auch die Regionalzüge ausgefallen seien. Bezüglich einer Optimierung der Verbindungen würden sie auf Herrn Bäumken persönlich zukommen. Ratsfrau Neukirchen werde dieses ebenfalls für ihre Fraktion übernehmen.

Herr Bäumken teilt mit, dass aus den Anregungen der Fraktionen und Bürgern ein Katalog erstellt werde, der für die nächste Ausschusssitzung als Anlage zur Verfügung gestellt werden könne. Zusätzliche Fahrten am Nachmittag (zwischen 17:35 bis 19:00 Uhr) erforderten eine Erhöhung des täglichen Personalbedarfes um ca. 30 Personen. Er schlägt vor, die U70 mit drei zusätzlichen Fahrten bis Görgesheide zu verlängern. Er weist daraufhin, dass es dadurch zu zusätzlichen Kosten komme. Es könne geprüft werden, als Ausgleich Verbindungen am Samstag zu reduzieren. Da diese Veränderung sowohl Düsseldorf als auch Meerbusch betreffe, müsse die Stadt Düsseldorf dem zustimmen. Da dieses für die Stadt Düsseldorf auch eine Verbesserung darstelle, sehe er darin kein Problem.

Ratsfrau Niegeloh fragt wie der Sachstand zu Rheintakt Stufe 2 sei. Des Weiteren fragt sie, wer für eine Mobilfunkverstärkung am Haus Meer zuständig sei. Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding weist darauf hin, dass der jeweilige Mobilfunkanbieter zuständig sei. Herr Bäumken berichtet, dass zunächst einmal die Stufe 1 ausgewertet werde. Die Stufe 2 würde nochmal mehr Kapazitäten von der Rheinbahn erfordern. Er bittet um etwas Geduld. Es würden mehr Fahrzeuge, Betriebshöfe und Personal benötigt. Mitte 2025 stelle sich heraus, ob Stufe 2 durchführbar sei.

Ratsfrau Niegeloh erklärt zum Antrag ihrer Fraktion (TOP 5.2), dass darin um Referenten anderer Städte gebeten worden sei, die bereits Erfahrungen mit dem On-Demand-Verkehr in ihren Städten haben. Als Beispiele nennt sie die Städte Höxter, Gütersloh und Hannover. Dazu erklärt Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding, dass die Verwaltung sich bemüht habe den Antrag schnell zu bearbeiten. Es sei kein zusätzlicher Referent eingeladen worden, weil Herr Bäumken Auskunft erteilen könne.

Herrn Bäumken erklärt, dass er nicht Experte auf diesem Gebiet sei, aber trotzdem das Pilotprojekt im Düsseldorfer Osten vorstellen könne. Seit März 2023 gebe es werktags von 20:00 bis 02:00 Uhr und am Wochenende von 09:00 bis 02:00 Uhr nachts ein Flexy-Angebot mit Taxis. Zur Nutzung werde eine App benötigt. Es gebe einen gestaffelten On-Demand-Tarif, der Mehrkosten für die Nutzer nach sich ziehe. Zudem entstehen für die Stadt Düsseldorf Kosten in Höhe eines 6- bis 7-stelligen Betrages. Die Nachfrage sei sehr überschaubar. Es gebe zwar eine Kernkundschaft, aber auch durch gesenkte Tarife und großzügigere Bedienzeiten konnte der Kundenkreis bisher nicht erweitert werden. Die Idee, das Bedienebiet und die Bedienzeiten zu erweitern gehe erstmal in die politische Diskussion. Da dieses Thema sehr komplexe sei, werde das gesamte Projekt wissenschaftlich begleitet. Bei der Stadt Düsseldorf sei Herr Reimann Ansprechpartner für den On-Demand Verkehr. Obwohl es in Deutschland keinen kostendeckenden On-Demand-Verkehr gebe, werde Düsseldorf nochmal investieren und das Projekt um weitere ein bis zwei Jahre verlängern.

Anschließend beantwortet er Fragen der Ausschussmitglieder zu diesem Thema.

4 Haushaltsentwurf 2025 sowie Finanzplanung 2026-2028
Beratungsgrundlage:
Entwurf des Haushalts 2025
Anträge der Fraktionen
Beratung zu folgenden Produkten:
120.541.010 Straßen, Wege, Plätze - Verkehrsplanung/-konzepte
120.546.010 Parkraumbewirtschaftung
120.547.010 ÖPNV - Linienplanung

Zur Beratung liegen dem Ausschuss für Mobilität vor:

- der Entwurf des Haushaltes 2025 sowie Finanzplanung 2026 bis 2028,
- als Online-Datei:
 - Anträge der SPD-Fraktion
 - Anträge der Fraktion Bündnis90/Die Grünen
 - Antrag der Fraktion DIE FRAKTION

Die Fraktionsanträge wurden zwecks besserer Übersicht für die heutige Sitzung nach der Reihenfolge innerhalb der Haushaltsprodukte entsprechend dem Entwurf des Haushaltes geordnet und nummeriert.

Nr. 1: Konsolidierungsliste, s. TOP 4.1

Produkt 120.541.010 Straßen, Wege, Plätze – Verkehrsplanung/-konzepte

Nr. 2: Antrag der SPD-Fraktion zu Planungskosten/Areal Lötterfeld Verkehrsgutachten

Ratsfrau Niegeloh begründet ihren Antrag. Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erklärt, dass der Verwaltung das Problem bekannt sei. Es wäre in der jährlichen Unfallkommission Thema. Er und Herr Hartenstein sind der Meinung, dass dieses erst in den nächsten Jahren thematisiert werden müsse. Herr Hartenstein berichtet von letzter Verkehrskommission, die ergab, dass die Unfallzahlen momentan keinen Anlass geben, tätig zu werden. Die Lötterfelder Straße solle sowieso saniert werden. Momentan fehlen noch die Grundstücke hierfür. Es bestehe die Idee, eine Fahrradstraße einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler		1	
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	7	10	0

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nr. 3: Antrag der SPD-Fraktion zur Erstellung eines Schulwegekonzeptes für alle Meerbuscher Schulen

Ratsfrau Kohn berichtet, dass aufgrund einer Diskussion im Schulausschuss die Verwaltung tätig geworden sei. Es habe inzwischen Elternbefragungen zum Thema „Sicherer Schulweg“ gegeben. Dadurch haben sich auch bisher nicht bekannte Gefährdungslagen ergeben. Durch Ortsbesichtigungen sollen geeignete Maßnahmen entwickelt werden. Aufgrund dieser positiven Entwicklung, zieht Ratsfrau Kohn den Antrag zurück.

Nr. 4: Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu Planungskosten Anbindung Bösinghoven

Ratsfrau Neukirchen erklärt den Antrag. Ein Ansatz von 90.000 Euro im Haushaltsentwurf sei zu niedrig. Ratsherr Schoenauer vertritt den Standpunkt, dass der Ausbau der A57 in zwei Jahren zu erheblichen Verkehrsstörungen in Bösinghoven führen werde. Deshalb sei es kontraproduktiv, jetzt zu planen. Der Antrag solle frühestens 2028 neu gestellt werden, wenn der Autobahnausbau fertiggestellt ist. Fahrradstraßen in Bösinghoven seien sinnlos, da dort generell Tempo 30-Zone sei. Rats-

frau Neukirchen erwidert, dass es nicht um die innerörtlichen Straßen, sondern um die Anbindungen nach Lank, Strümp und umliegende Orte gehe.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ		1	
UWG/Freie Wähler		1	
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	6	11	0

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nr. 5: Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu Planungskosten Fahrradstraße Buschstraße

Ratsfrau Neukirchen erklärt ihren Antrag wie in der Anlage 5 beschrieben. Ratsherr Bertholdt erzählt, dass im letzten Ausschuss Schule und Sport die Teilnehmer des politischen Praktikums anwesend gewesen seien. Schüler wären bezüglich der Fahrradstraße auf den Ausschuss zugekommen. Deshalb habe man ihnen vorgeschlagen, einen Antrag zu stellen, damit geprüft werde, ob die Buschstraße als Fahrradstraße geeignet sei. So würde dies in den Fokus des kommunalpolitischen Praktikums passen und die Schüler sehen, dass man sich drum kümmert. Es müsse verkehrsrechtlich sicher sein und man müsse abwarten, wie es sich z. B. mit der Fahrradstraßen-Klage Niederlöricker Straße verhalte. Ratsfrau Neukirchen ist damit einverstanden, den Antrag in einen Prüfauftrag ohne Haushaltsmittel umzuformulieren.

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität beschließt die Verwaltung zu beauftragen zu prüfen, ob die Buschstraße als Fahrradstraße geeignet ist.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Nr. 6: Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu Planungskosten Verbesserung der Fahrradquerung Schloßstraße/Osterather Straße

Ratsfrau Neukirchen erklärt ihren Antrag wie in der Anlage 6 beschrieben und wirft ein, dass Straßen.NRW dort nicht tätig werde, eine Lösung jedoch unbedingt erforderlich sei. Dem stimmen Rats herr Bertholdt, sachkundiger Bürger Müller und Rats herr Quaß zu.

Rats herr Schoenauer vertritt die Meinung, dass an dieser Stelle die Verwaltung keinen Einfluss habe. Durch intensive Gespräche mit Straßen.NRW solle auf eine Lösung hingewirkt werden.

Herr Hartenstein wiederholt den Hinweis von Herrn Münster, dass hier Sicherheit vor Komfort gilt. Vorher sei es ein Unfallschwerpunkt gewesen. Empfehlung von der Unfallkommission war, die Vor-

fahrtsregel für Fußgänger und Radfahrer wegzunehmen. Dieses sei so umgesetzt worden. Deshalb sehe er hier keine Möglichkeit der Durchsetzung einer Änderung. Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erklärt, dass an diesem Knotenpunkt ein Zweirichtungs-Radweg bestehe. Da würden immer Probleme entstehen. Bei anderer Lösung müsste man den gesamten Knotenpunkt umbauen, um eine richtungsgebundene Fahrradspur auf der anderen Straßenseite anlegen zu können. Die große Lösung wäre sehr stark abhängig von Straßen.NRW und nicht von der Kommune. Herr Hartenstein erklärt, dass es auch in Zukunft Verkehrsschauen an diesem Knotenpunkt geben werde. Diese Kreuzung wäre jedes Mal auf der Liste und werde auch weiterhin Thema bei der gemeinsamen Besprechung mit Straßen.NRW sein.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD			2
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ			1
UWG/Freie Wähler		1	
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	4	10	3

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nr. 7: Antrag der Fraktion Die Fraktion zur Ladeinfrastruktur

Sachkundiger Bürger Müller erklärt seinen Antrag wie in der Anlage 7 beschrieben. Ratsherr Schoenauer erläutert, dass zu dem Thema eine Satzung verabschiedet worden sei. Anbietern stehe es offen, sich in Meerbusch zu bewerben, um die Ladesituation auszubauen. Es wäre nicht Aufgabe der Kommune Autofahrern wohnraumnahe Ladestationen zu ermöglichen. Die Stadtwerke würden bereits anbieten. Die Kommune hat keinen Einfluss darauf. Der Markt müsse es richten. Ratsherr Bertholdt ergänzt, dass die Stadtwerke die Bedarfszahlen kennen und bei Bedarf auf die Stadt zukommen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	1	2	
GRÜN-alternativ			1
UWG/Freie Wähler			1
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	2	13	2

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nr. 8: Antrag der Fraktion Die Fraktion zum Trixi-Spiegel zur Erhöhung der Verkehrssicherheit

Sachkundiger Bürger Müller erklärt seinen Antrag wie in der Anlage 7 beschrieben. Ratsherr Schoenauer bittet die Verwaltung, eine Kreuzung vorzuschlagen und Erfahrungen aus anderen Kommunen zu sammeln und zusammenzutragen. Ratsherr Müller nimmt diesen Vorschlag an. Herr Hartenstein ergänzt, dass das bei innerstädtischen Kreuzungen möglich sei, Straßen.NRW dieses für Landesstraßen aber kategorisch ablehne, da diese Trixi-Spiegel ein Für und Wider geben. Er ist damit einverstanden diese Möglichkeit an einer Kreuzung zu prüfen. Er weist allerdings darauf hin, dass es bereits andernorts Klagen gebe, diese Spiegel wieder abzuhängen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität beschließt die Verwaltung zu beauftragen an einer Kreuzung im Stadtgebiet zu prüfen, ob die Installation eines Trixi-Spiegels möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen.

Beschluss über das Produkt:

Der Ausschuss für Mobilität beschließt für das Produkt 120.541.010 Straßen, Wege, Plätze – Verkehrsplanung/-konzepte den Entwurf des Haushalts 2025 einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN		3	
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION			1
Gesamt:	11	3	3

Damit ist der Entwurf des Haushalts 2025 für das Produkt 120.541.010 Straßen, Wege, Plätze – Verkehrsplanung/-konzepte beschlossen.

Produkt 120.546.010 Parkraumbewirtschaftung

Es liegt kein Antrag vor.

Beschluss über das Produkt:

Der Ausschuss für Mobilität beschließt für das Produkt 120.546.010 Parkraumbewirtschaftung den Entwurf des Haushalts 2025.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		

SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION			1
Gesamt:	14	0	3

Damit ist der Entwurf des Haushalts 2025 für das Produkt 120.546.010 Parkraumbewirtschaftung angenommen.

Produkt 120.547.010 ÖPNV - Linienplanung

Nr. 9 Antrag der SPD-Fraktion zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie eines On-Demand-Verkehrs für die Rheingemeinden

Ratsfrau Niegeloh erklärt ihren Antrag wie in der Anlage 9 beschrieben und erläutert, dass hierfür grundsätzlich mehr Informationen benötigt werden und beantragt, die Mittel mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN		3	
GRÜN-alternativ		1	
UWG/Freie Wähler		1	
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	3	14	0

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss über das Produkt:

Der Ausschuss für Mobilität beschließt für das Produkt 120.547.010 ÖPNV - Linienplanung den Entwurf des Haushalts 2025 einschließlich des dazu gefassten Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	2		1
GRÜN-alternativ			1
UWG/Freie Wähler	1		

DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	13	0	4

Damit ist der Entwurf des Haushalts 2025 für das Produkt 120.547.010 ÖPNV – Linienplanung beschlossen.

Gesamtbeschluss über die Produkte des Ausschusses für Mobilität:

Der Ausschuss für Mobilität empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, den Entwurf des Haushalts 2025 für alle der in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte, einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse, dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN		3	
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION			1
Gesamt:	11	3	3

4.1 Konsolidierungsliste

Nr. 1: Konsolidierungsliste

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding erklärt, dass die Konsolidierungsliste nicht beschlossen werden müsse, sondern als Informationsvorlage zu verstehen sei. Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erklärt, dieses sei das Ergebnis eines sehr langen Arbeitsprozesses in der Verwaltung, die schon im letzten Jahr aufgefordert war, die politisch beschlossenen Projekte zu bewerten und zu eruiieren, welche Projekte sich eignen, einem Konsolidierungsprozess zugeführt zu werden. Zudem solle dargestellt werden, welche Maßnahmen überprüfungswürdig seien und welche längerfristig verschoben werden können oder, wenn noch kein politischer Beschluss gefasst worden sei, diese ganz von der Liste zu streichen.

Es würde sich um eine Gesamtübersicht über alle städtischen Maßnahmen handeln, die auch im Haushalt abgebildet seien. Das heißt, der aktuelle Haushaltsentwurf folgt dieser Konsolidierungsliste. Die in der Liste grün markierten Maßnahmen seien im Haushalt in den entsprechenden Jahren veranschlagt. Die in der Liste rot markierten Maßnahmen seien politisch beschlossen, jedoch in spätere Jahre verschoben. Dadurch sollen Investitionen auf mehrere Jahre verteilt werden, um eine Pikkbildung (absehbar in den Jahren 2025 bis 2029) zu vermeiden. Bei den gelben Maßnahmen handelt es sich um die, für die die Verwaltung eine Prüffähigkeit sehe. Diese Maßnahmen werden kontinuierlich erneut betrachtet und ggf. zum Beschluss vorgelegt. Als Beispiel erwähnt er die Bibliotheken, die evtl. auf nur einen Standort konsolidiert werden sollen. Es werde geprüft, welche Kosten dadurch

eingespart werden und welche Auswirkungen dieses auf den Gesamthaushalt habe. Dies zu überprüfen sei eine große Aufgabe, die erhöhte Personalleistung erfordere.

Zu den Maßnahmen in der Konsolidierungsliste könnten die Fraktionen Anträge zum Haushalt stellen. So könnte ein Antrag zum Inhalt haben, dass eine rot markierte Maßnahme in den Bereich der grünen Markierung, also im Jahr 2025 haushaltswirksam, verschoben werde.

Ratsherr Jung weist daraufhin, dass bei der rot markierten Maßnahme Fahrradparkhaus Ladestraße, eine rechtliche Verpflichtung angekreuzt sei. Der Erste und Technische Beigeordnete Apsel sagt, dass dieses falsch sei und auch nein lauten müsse.

Ratsherr Schoenauer erklärt, dass es zum Thema Fahrradparkhaus einen Beschluss des Ausschusses für Mobilität gebe, einen Förderantrag zu stellen. Dieses sei auch geschehen, es gab aber leider keinen Förderbescheid. Dadurch sei aber der Beschluss nicht aufgehoben, im Folgejahr einen Förderantrag zu stellen.

Ratsfrauen Niegeloh und Neukirchen fragen, warum bei der U81 schon in der Planungsphase der hohe Personaleinsatz geprüft werden solle. Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erläutert, dass zahlreiche Projektbesprechungen mit Meerbuscher Beteiligung stattfinden. Obwohl noch keine Mittel im Haushalt veranschlagt worden seien, sei der städtische Personalaufwand mit teilweise fünf Planungsingenieuren sehr hoch. Es seien viele Dinge in den Planungen zu berücksichtigen, z. B. der B-Plan Böhler. Intensive Abstimmungen mit der Stadt Düsseldorf seien erforderlich, um die Meerbuscher Interessen zu vertreten. Eine Beschlussvorlage könne noch nicht erstellt werden, weil noch die Frage der immensen Kosten zu klären sei.

5 Anträge

5.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 25. Juni 2024 - Gemeinsame Sondersitzung AMO und AKUB zur Verbesserung des Radwegenetzes in Meerbusch Vorlage: FB5/0521/2024

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding stellt fest, dass das Thema „Verbesserung des Radwegenetzes“ unter TOP 2 erörtert worden und damit erledigt sei.

5.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 20. August 2024 - Gemeinsame Sitzung AMO und ADI zu On-Demand-Verkehr Vorlage: DezIII/0542/2024

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding stellt fest, dass das Thema On-Demand-Verkehr bereits unter TOP 3 erörtert und damit erledigt sei.

Ratsfrau Niegeloh bestätigt dieses. Zu den Themen „Verbesserung des Radwegenetzes“ und „On-Demand-Verkehr“ erwarte sie die besprochenen weiteren Informationen.

6 Anfragen

6.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.10.2024 Meldung von Radrouten

Die Beantwortung der Anfrage liegt schon vor und ist auch Anlage zur Niederschrift.

7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Herr Hartenstein beantwortet Fragen zu den Listen „Maßnahmen Nahmobilität fertiggestellt“, „Maßnahmen Nahmobilität in Umsetzung“ und „Nahmobilität Maßnahmenspeicher“.

8 Termin der nächsten Sitzung 28.01.2025

9 Verschiedenes

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Meerbusch, den 25. November 2024

Dr. Felix Nieberding
Ausschussvorsitzender

Anke Hartl
Schriftführer/in